



Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal

AStA BU Wuppertal, Max-Horkheimer-Str. 15, 42119 Wuppertal

StuPa Präsidium

Matthias Zipse
Solveig Klebert
Laura-Sophie Schardt

Max – Horkheimer – Straße 15
Gebäude ME, Ebene 04
42119 Wuppertal

stupapraes@asta.uni-wuppertal.de
www.stupa-wuppertal.de

Wuppertal, 05.10.2026

Protokoll der 4. ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments vom 03.06.2026

Beginn: 18:12

Ende: 20:34 Uhr

Ort: AStA-Großraumbüro Ebene ME.04

Redeleitung: Matthias Zipse

Protokoll: Solveig Klebert

Anwesende Parlamentarier*innen: Laura-Sophie Schardt, Matthias „Matti“ Zipse, Solveig Klebert, Marcel Klein, Dan Poppek, Robert Hohmann, Samir „Sam“ Asfid, Aaron Weiß, Luise Schünemann, Maximilian Arsenio Laub, Vanessa Brisch (Vertretung für Annika Vogel), Rosa Sommer, Marcel Hesse, Niklas Jansen (Vertretung für Zeynep Bilgen), Nabil Omar Agha (Vertretung für Nick Steiner), Celina El-houmsy, Till Sörensen-Siebel, Selin Akdağ

Abwesende Parlamentarier*innen: Annika Vogel (entschuldigt und vertreten), Hanna König (entschuldigt), Philip Cramer (entschuldigt), Lilan Lauktien (entschuldigt), Zeynep Bilgen (entschuldigt und vertreten), Nick Steiner (entschuldigt und vertreten)

Anwesende Gäste: Raphael „Rapha“ Forens (AStA-Vorsitz), Oliwer Bramorski (AStA-Finanzreferent), Fabian Kämpchen (Gasthörer)

TOP 1 Begrüßung und Regularien

Matti eröffnet die Sitzung um 18:12 Uhr. Matti stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass das StuPa mit 14 Parlamentarier*innen beschlussfähig ist. Er schlägt sich als Redeleitung und Solveig als Protokollantin vor – keine Gegenrede. Matti schlägt folgende Tagesordnung (TO) vor:

TOP 1 Begrüßung und Regularien

TOP 2 „Antrag zur finanziellen Unterstützung der Anreise zum Take Back the Future Kongress“ vom 06.05.2026

TOP 3 Anträge

TOP 4 Wahl der dritten Awareness-Person des AStA

TOP 5 Berichte aus den Gremien

TOP 6 Hochschule und Hochschulpolitik

TOP 7 Sonstiges und Termine

Zum Protokoll der letzten Sitzung (06.05.2026) gab es keine Änderung weitreichenden weitergehenden Anmerkungen oder Änderungswünsche. Das Protokoll wird abgestimmt: 10/0/4 (Ja/Nein/Vielleicht) – Protokoll angenommen.

Matti schlägt eine kurze Vorstellungsrunde vor, weil so viele neue Gesichter anwesend sind (heute viele Vertretungen teilnehmen). Zudem erinnert er, dass die linksgrüne Liste weiterhin **drei Personen** für den Haushaltsausschuss benennen muss!

TOP 2 „Antrag zur finanziellen Unterstützung der Anreise zum Take Back the Future Kongress“ vom 06.05.2026

Solveig hat sich intensiv mit den aus der Thematik resultierenden verfahrens- wie kompetenzrechtlichen Fragestellungen um die Aufhebung sowie Umsetzung von StuPa-Beschlüssen beschäftigt und schlägt folgende Vorgehensweise vor:

1. Sachverhalt darstellen.
2. Vorsitz sprechen lassen.
3. Finanzer sprechen lassen.
4. Aussprache.
5. Antrag auf Aufhebung/Änderung/Bestätigung.
6. Abstimmung.

Dieser Vorgang wäre auch dann sinnvoll, wenn bereits absehbar ist, dass die Mehrheit den ursprünglichen Beschluss nicht mehr aufrechterhalten möchte. Gerade weil bereits Beanstandungen und ein laufendes Aufsichtsverfahren bestehen, muss das weitere Vorgehen korrekt erfolgen und förmliche Klarheit geschaffen werden.

Sachverhalt darstellen: Solveig resümiert den Sachverhalt – dabei war der Ausgangspunkt folgender: Auf der letzten Sitzung des StuPa stellte Robert Hohmann (SDS) einen Antrag „zur finanziellen Unterstützung der Anreise zum Take Back the Future Kongress“. Der Antrag war im StuPa kontrovers diskutiert worden. Der AStA-Finanzreferent, die Juso HSG und die Studentische Mitte äußerten rechtliche Bedenken hinsichtlich einer möglichen Kompetenzüberschreitung vom hochschulpolitischen hin zum

allgemeinpolitischen Mandat. Letztlich wurde der Antrag im StuPa mit 9 zu 5 Stimmen (bei einer Enthaltung) angenommen.

StuPa-Beschluss zur finanziellen Unterstützung der Anfahrt zum Take back the Future Kongress:

Das Studierendenparlament möge beschließen: Die Anreise von bis zu 30 Studierenden der Bergischen Universität Wuppertal zum o.g. Jugendkongress wird zu einem Drittel der Gesamtfördersumme (Gesamtkosten der Bahntickets abzüglich der eingenommen Teilnehmenden-Beiträge) mit maximal 500€ unterstützt. Dieses Geld wird ausschließlich für die Hin- und Rückfahrt zum Take Back the Future Kongress genutzt, der vom 12. bis zum 14.06.2026 an der Technischen Universität Berlin stattfindet.

Die Studentische Mitte kündigte ein Sondervotum an (das fristgerecht eingereicht und entsprechend im Protokoll der Sitzung wiedergegeben wurde) und legte Beschwerde bei der Rechtsaufsicht (dem Rektorat) ein.

Beim Jour-Fix-Termin zwischen dem Rektorat und den studentischen Vertreter*innen wurde die Thematik ebenfalls besprochen (siehe hierzu den Bericht unter TOP 5). Kurz gesagt: Das Rektorat muss der Beschwerde nachgehen und hat entsprechend ein Prüfverfahren eingeleitet, das sich mit der Legitimität des Beschlusses befasst. Unabhängig vom weiteren Vorgehen des StuPa wird das Rektorat die Prüfung abschließen. Gleichzeitig hat das Rektorat den studentischen Vertreter*innen nahegelegt, sich eigenständig mit dem Problem auseinanderzusetzen, und die Überlegung des AStA-Vorsitzes bekräftigt, den StuPa-Beschluss zu beanstanden.

Dies ist auch geschehen. Der AStA-Vorsitz hat von seinem Beanstandungsrecht hinsichtlich mutmaßlich rechtswidriger Beschlüsse Gebrauch gemacht und dadurch die Aufschiebung des Beschlusses erwirkt. Der Beschluss bleibt zunächst bestehen, darf jedoch nicht vollzogen werden. Daraus ergibt sich für das StuPa die Notwendigkeit, sich erneut mit der Angelegenheit zu befassen.

Der AStA-Vorsitz beruft sich auf § 55 Abs. 3 HG NRW (<https://recht.nrw.de/lrgv/gesetz/01012025-gesetz-ueber-die-hochschulen-des-landes-nordrhein-westfalen-hochschulgesetz-hg/>). Wortlaut:

Der Vorsitz des [AStA] hat rechtswidrige Beschlüsse, Maßnahmen oder Unterlassungen des Studierendenparlaments und des Allgemeinen Studierendenausschusses zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Wird keine Abhilfe geschaffen, so hat er das Rektorat zu unterrichten.

Des Weiteren sieht der AStA-Finanzreferent durch die „Gefährdung der finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen der Studierendenschaft“ einen Verstoß gegen § 53 Abs. 2 HG NRW (<https://recht.nrw.de/lrgv/gesetz/01012025-gesetz-ueber-die-hochschulen-des-landes-nordrhein-westfalen-hochschulgesetz-hg/>) verlangt – sich auf die HWVO berufend – die erneute Antragsberatung unter Beachtung seiner Auffassung.

Der Finanzreferent beruft sich auf § 7 Abs. 2 HWVO NRW (<https://recht.nrw.de/lrgv/rechtsverordnung/19022022-verordnung-ueber-die-haushalts-und-wirtschaftsfuehrung-der/>). Wortlaut: „Hält die Finanzreferentin oder der Finanzreferent durch die Auswirkungen eines Beschlusses des Allgemeinen Studierendenausschusses oder des

Studierendenparlaments die finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen der Studierendenschaft für gefährdet, so kann sie oder er verlangen, dass das Organ, das den Beschluss gefasst hat, unter Beachtung der Auffassung der Finanzreferentin oder des Finanzreferenten erneut über die Angelegenheit berät.“

Anders als der Vorsitz hat der Finanzreferent zwar kein ausdrückliches Beanstandungsrecht mit aufschiebender Wirkung. Das StuPa dürfte jedoch verpflichtet sein, sich erneut mit der Angelegenheit zu befassen und dabei die vorgetragenen finanziellen Bedenken zu berücksichtigen.

In der Zwischenzeit hatte der ursprüngliche Antragsteller bereits schriftlich erklärt, seinen Antrag zurückziehen zu wollen. Es spricht zwar viel dafür, dass der ursprüngliche Antragsteller erklären kann, dass er den Antrag nicht weiterverfolgen möchte, diese Erklärung den StuPa-Beschluss jedoch nicht automatisch beseitigt. Sobald ein Antrag vom StuPa beschlossen wurde, handelt es sich nicht mehr um einen Antrag, sondern um einen StuPa-Beschluss. Die StuPa-GO enthält nach bisheriger Prüfung keine Regelung, die einen nachträglichen Rückzug bereits beschlossener Anträge vorsieht (<http://stupa-wuppertal.de/wp-content/uploads/2025/01/Geschaeftsordnung-StuPa-2024.pdf>). Über den Fortbestand oder die Aufhebung des Beschlusses dürfte vielmehr das StuPa selbst entscheiden müssen.

Daraus ergibt sich die Erforderlichkeit einer erneuten Behandlung im StuPa: Unabhängig von der Rückzugserklärung des Antragstellers sprechen sowohl die Beanstandung des AStA-Vorsitzes als auch das Verlangen des Finanzreferenten für eine erneute Behandlung des bereits gefassten Beschlusses.

Dabei kommen insbesondere folgende Möglichkeiten in Betracht:

- Bestätigung des bisherigen Beschlusses,
- Änderung des bisherigen Beschlusses,
- ausdrückliche Aufhebung des bisherigen Beschlusses.

Am Mittwochabend nach der StuPa-Sitzung wurde zunächst keine Beschwerde eingelegt, da man sich über die rechtlichen Formalia erst sicher sein wollte. Durch das Antragsschreiben sei jedoch klar geworden, dass das hochschulpolitische Mandat überschritten werde.

Nach dem Beschluss im StuPa setzte man sich mit der Verwaltung zusammen. Auch dort sah man einen Verstoß gegen das Hochschulgesetz und einen daraus resultierenden Verstoß gegen § 58 HG NRW, insbesondere im Hinblick auf mögliche Prozesskosten, die entstehen könnten, sollte der Beschluss vor Gericht landen.

Raphael (AStA-Vorsitz) ergänzt, dass auch die Verwaltung dafür zuständig sei, auf entsprechende rechtliche Vorgaben zu achten.

Selin betritt die Sitzung um 18:26 Uhr. Nabhil betritt die Sitzung um 18:26 Uhr.

Angesichts der Ausgangslage hält Solveig einen Aufhebungsantrag vor dem Hintergrund der vorgetragenen rechtlichen und finanziellen Bedenken für einen naheliegenden Weg, die Angelegenheit ordnungsgemäß zu bereinigen. Die Entscheidung darüber, ob ein Änderungs- oder Aufhebungsantrag gestellt und beschlossen wird, liegt jedoch – entsprechend der in Satzung und Hochschulgesetz vorgesehenen Kompetenzordnung – allein beim StuPa.

Maximilian bekräftigt nochmals sein Argument aus der letzten StuPa-Sitzung hinsichtlich der Finanzierung oder Teilfinanzierung durch den Bund und sieht daher keine Notwendigkeit, hierfür Gelder der Studierendenschaft in Anspruch zu nehmen. Er erklärt, dass es etwas anderes sei, wenn beispielsweise eine*n Referent*in eingeladen werde. Hier handele es sich jedoch um einen parteinahen Kongress, der durch die Linke mitfinanziert werde; deshalb handele es sich um ein allgemeinpolitisches Anliegen. Dies sei unabhängig von der politischen Ausrichtung und gelte für Kongresse unabhängig von ihrer parteilichen Ausrichtung.

Vanessa bekräftigt nochmals, dass sie jede Art von Extremismus problematisch finde und davor warne, welche Folgen ein solcher Antrag haben könne. Sie habe sich in letzter Zeit viel mit der Organisation „Lukreta“ beschäftigt, die sie als rechtsextrem einordnet.

Solveig merkt an, dass man – wie die Hochschulleitung es ausgedrückt habe – keinen Präzedenzfall schaffen wolle.

Matti erklärt, dass er nicht viel von Hufeisentheorien halte. Rechte, die das System ausnutzten, seien etwas anderes als ein sorgfältig recherchierter Antrag. Er halte es für ein schwieriges Argument zu sagen, dass, wenn die Linken etwas machten, die Rechten dies ebenfalls tun könnten.

Solveig merkt an, dass sie die Formulierung schwierig finde, weil es ihrer Ansicht nach nicht um eine Hufeisentheorie gehe. Dass man in diesem Fall rechtliche Bedenken habe, die auch von der Rechtsaufsicht des StuPa geteilt zu werden scheinen, halte sie für völlig legitim. Immerhin könne es für einige Beteiligte möglicherweise auch um die eigene Haftbarkeit gehen; genau wisse man das jedoch noch nicht.

Sam merkt an, der Antrag sei schlicht falsch formuliert und zu wenig auf hochschulpolitische Aspekte bezogen. Dies sei auch vom Rektorat entsprechend zurückgemeldet worden. Nun wisse man, wie ein solcher Antrag beim nächsten Mal besser formuliert werden könne.

Robert ist sich nicht sicher, ob man damit tatsächlich einen Präzedenzfall schaffen würde. Er fragt Vanessa zudem, ob sie den SDS als Pendant zu Lukreta sehe.

Vanessa äußert, dass sie im SDS linksextremistische Tendenzen sieht.

Nabil fragt nach dem Mehrwert des Kongresses, bezeichnet den SDS als SED und erklärt, dass jemand außerhalb dieser „Bubble“ den Mehrwert möglicherweise nicht verstehen könne. Er spricht außerdem über Sticker, deren Bedeutung er nicht nachvollziehen könne, und verwendet den Begriff „Gender-Bender“. Er wolle nicht alle Beteiligten verteufeln, vertrete jedoch die Auffassung, dass einige Linksextreme die Führung übernommen hätten.

Matti und Solveig plädieren dafür, nicht weiter auf den vorherigen Wortbeitrag einzugehen. Solveig merkt an, dass ein großer Teil von Nabils Wortbeitrag von „Rage-Bait“ geprägt gewesen sei und eine qualitative Diskussion auf dieser Grundlage nicht möglich sei. Stattdessen solle man zur eigentlichen Frage und damit zum bereits gefassten Beschluss zurückkehren.

Robert äußert nochmals seinen Frust über Nabils Aussagen.

Maximilian betont, dass Rechtsextremismus auf dem Vormarsch sei. Man solle sich vorstellen, dass die studentische Organisation der AfD die absolute Mehrheit erreiche und mit den Geldern der Studierenden die Anreise zu AfD-Kongressen finanziert werde. Er wiederholt seine vorherigen Argumente hinsichtlich des politischen Mandats.

Matti formuliert folgenden Aufhebungsantrag: „Der Beschluss des Studierendenparlaments vom 06.05.2026 zum Antrag finanziellen Unterstützung der Anreise zum Take Back the Future Kongresses wird aufgehoben.“

Abstimmung: 16/0/0 – Antrag angenommen. Der Beschluss wird aufgehoben.

TOP 3 Anträge

Oliwer verlässt die Sitzung 18:54 Uhr

Marcel Klein hat einen Initiativantrag; 7 Parlamentarier*innen stimmten zu Beginn der Sitzung dafür, dass dieser Antrag auf der Sitzung behandelt werden kann.

Antragsteller*in: Marcel Klein

Antragstitel: Resolution zur Einladung Veronika Grimms zum Zukunftsforum Demokratie

Antragstext: Das StuPa der Bergischen Universität Wuppertal möge beschließen:

Das StuPa positioniert sich gegen die Einladung der Referentin Veronika Grimm vom Rektorat am 22.06.2026 zur Veranstaltung „Zukunftsforum Demokratie“ zum Thema Jahrestag des Grundgesetzes. Der AStA wird dazu aufgefordert, eine Resolution gegen die Einladung zu verfassen.

Antragsbegründung: Veronika Grimm positioniert sich klar für eine Einführung von Studiengebühren und damit für eine Mehrbelastung der Studierendenschaft, welche bereits in prekären Zuständen lebt.¹

Außerdem steht sie bereits seit 2024 in der Kritik, da sie seitdem gleichzeitig im „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ der Bundesregierung und im Aufsichtsrat des Konzerns „Siemens“ Mitglied ist.² Somit ist ihre Unbefangenheit anzuzweifeln und ihr Verständnis von Demokratie fragwürdig.

Vanessa fragt, warum das StuPa entscheiden sollte, wer wen einlädt, und warum man jemanden „mundtot“ machen sollte.

Nabil fragt, ob man die Frau nicht einladen wolle, weil sie für Studiengebühren sei und weil ihr eine Haltung gegen die Demokratie vorgeworfen werde.

Selin findet den Antrag sehr gut. Studiengebühren seien für sie ein wesentlicher Punkt, weshalb sie den Antrag unterstütze.

Niklas findet es schwierig, zu empfehlen, jemanden aufgrund seiner Meinung nicht einzuladen, zumal man dazu auch nichts nachlesen könne. Er fände es problematisch, die Äußerung einer Person einzuschränken, nur weil sie nicht der eigenen Meinung entspreche.

¹ Frankfurter Rundschau. „Das können wir uns nicht länger leisten.“ Wirtschaftswoche plädiert für Studiengebühren. 1.12.2024.

² Lobbycontrol. Interessenkonflikt: Wirtschaftswoche Grimm und Siemens Energy. 25.03.2024.

Solveig: Weist auf das Hochschulgesetz hin, genauer gesagt auf § 53 Absatz 1 und 2 hin:

(1) Die an der Hochschule eingeschriebenen Studierenden bilden die Studierendenschaft. Die Studierendenschaft ist eine rechtsfähige Gliedkörperschaft der Hochschule.

(2) Die Studierendenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten selbst. Sie hat unbeschadet der Zuständigkeit der Hochschule und des Studierendenwerks die folgenden Aufgaben:

- 1 die Belange ihrer Mitglieder in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen;
2. die Interessen ihrer Mitglieder im Rahmen dieses Gesetzes zu vertreten;

Gerade mit Studiengebühren und der aktuellen Debatte sei das legitim diesen Antrag hier zu stellen, ob man jetzt dafür sei oder nicht – dies überhaupt in Fragezustellen sei schon ein Problem. Wer solle über so etwas denn diskutieren, wenn nicht die gewählten Studierendenvertreter*innen.

Marcel merkt an, dass bei der Einladung von Veronika Grimm ausdrücklich keine Gegenposition eingeladen worden sei. Das störe ihn. Außerdem fragt er, warum die Opposition der Meinung sei, der Antrag dürfe nicht gestellt werden.

Vanessa erklärt nochmals ihr Argument und wiederholt, was sie bereits gesagt hat: Für sie wirke es so, als wolle der SDS jemanden „mundtot“ machen, nur weil diese Person eine andere Meinung vertrete.

Raphael verdeutlicht nochmals, dass Marcel ein gewählter Vertreter der Studierenden sei und den Antrag daher für die Studierenden einbringe. Die Hochschule habe zu der Veranstaltung eingeladen; die Studierendenvertreter*innen von AStA und StuPa entschieden nicht darüber, wer dort auftrete. Das StuPa könne lediglich mit einer Resolution gegen die Einladung Stellung beziehen und damit zum Ausdruck bringen, dass es die Einladung nicht gutheiße. Die Auffassung von Vanessa und ihrer Liste, wonach es darum gehe, was man sagen dürfe und was nicht, finde er „weird“. Er habe das Gefühl, dass sie nicht verstünden, wie AStA und StuPa funktionierten.

Matti verweist auf einen Satz des Antrags. Man verbiete die Einladung gar nicht und könne dies auch nicht; immerhin handele es sich um eine Universitätsveranstaltung. Im Antrag stehe ausdrücklich, dass man gegen die Einladung sei, nicht, dass man etwas verbieten wolle. Man könne die Einladung nicht ändern; es gehe lediglich darum, zum Ausdruck zu bringen, dass man sie nicht gut finde – als Form des Protests bzw. als politische Stellungnahme.

Maximilian erklärt, dass er persönlich gegen Studiengebühren und für eine BAföG-Erhöhung sei (dazu liest er eine Pressemitteilung der LHG vor). Zum Glück lebe man in der Bundesrepublik in einer Demokratie. Auch wenn er die Positionen von Veronika Grimm nicht teile, finde er, dass sie eingeladen werden solle. Für den Fall einer Überstimmung kündigt er ein Sondervotum an.

Nabil erinnert an die vorherige Diskussion zu Ahmad Mansour, bei der man gesagt habe, dass dieser nicht reden dürfe. Nun werde gesagt, man sei gar nicht gegen die Einladung. Er findet es interessant, dass Solveig dies aus dem Hochschulgesetz ableite. Man könne sich in solche Angelegenheiten nicht einmischen. Die Aussage „Wir sind die Guten, die sind die Schlechten“ führe aus seiner Sicht nicht weiter. Der Extremismus an der Universität bereite ihm Sorgen. Er werde seinen Kolleg*innen am nächsten Tag erzählen, dass das StuPa zu weit gehe.

Robert: GO-Antrag auf 10 Min. Pause, nachdem die Redeleitung geschlossen wird (nach 4 Redebeiträgen).

Solveig hält den GO-Antrag für wenig sinnvoll, da jeder Redebeitrag weitere Redebeiträge hervorrufe. Sie erhebt formale Gegenrede gegen Roberts GO-Antrag. Diese wird angenommen. Anschließend stellt sie einen neuen GO-Antrag auf eine sofortige zehnminütige Pause. *Die Pause dauert bis 19:25 Uhr.*

Nach der Pause stellt Niklas eine formale Gegenrede zu Roberts Antrag auf Schließung der Redeliste: Abstimmung: 8/4/3 GO-Antrag angenommen. Redeliste wird geschlossen.

Matti merkt an, dass in der Diskussion viel über Studiengebühren gesprochen worden sei. Die Veranstaltung finde im Rahmen der Demokratieförderung statt. Er halte es jedoch ebenfalls für problematisch, dass die Referentin die Bundesregierung berate und zugleich in einem DAX-Unternehmen tätig sei.

Selin bemerkt, dass sich der Fokus verschoben habe. Raphael habe recht: Es handele sich um eine Resolution; man wolle die Einladung nicht verbieten.

Solveig erinnert an die Aufgabe der Studierendenvertreter*innen (nach § 53 (3)) „an der Erfüllung der Aufgaben der Hochschulen, insbesondere durch Stellungnahmen zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen, mitzuwirken.“

Marcel Hesse kritisiert die despektierliche Art, in der hier teilweise gesprochen werde, und entschuldigt sich dafür, dass er selbst ebenfalls dazwischengeredet habe.

Maximilian erläutert den Unterschied zwischen einer Stellungnahme gegen die Einladung und einer Stellungnahme gegen die Positionen der Referentin. Sich gegen ihre Positionen auszusprechen, sei legitim und Teil der Meinungsfreiheit. Sich gegen ihre Einladung auszusprechen, halte er dagegen für problematisch. Er verweist darauf, dass auch die Referentin ein Recht auf Meinungsfreiheit habe. Sie komme nicht einfach vorbei, um einen Vortrag zu halten, sondern sei zu einer Universitätsveranstaltung eingeladen worden. Er fände es fragwürdig, wenn jemand aufgrund persönlicher Lebensentscheidungen von einer Veranstaltung ausgeschlossen würde. Er selbst sei im Ausland aufgewachsen und würde eine solche Argumentation als problematisch empfinden.

Maximilian führt weiter aus, dass man Argumente sachlich auseinandersetzen könne. Etwas anderes sei es jedoch, einer Person grundsätzlich zu sagen, sie dürfe gar nicht erst kommen, weil sie angeblich gegen die Studierenden gerichtet sei. Er selbst würde es ebenfalls als problematisch empfinden, wenn ihm die Teilnahme an Veranstaltungen aufgrund seiner Person oder Meinung verwehrt würde. Es wäre seiner Ansicht nach sinnvoller, sich gegen die Meinung der Referentin zu positionieren, anstatt gegen ihre Einladung. Man könne die Positionen der Referentin zu Studiengebühren oder ihre Tätigkeit für Siemens kritisieren, sollte daraus aber nicht ableiten, dass sie nicht sprechen dürfe. Er wäre ebenso wenig dagegen, dass eine Person aus dem linken politischen Spektrum eingeladen werde; auch in diesem Fall würde er gegebenenfalls deren Meinung kritisieren, sich aber nicht gegen ihre Einladung wenden.

Robert stellt einen GO-Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf zwei Minuten pro Redebeitrag.

Maximilian erklärt, dass er aufgrund von Deutsch als nicht-muttersprachlicher Sprache Probleme mit einer sehr kurzen Redezeit haben könne.

Nabil: Formale Gegenrede.

Matti ruft Robert, nachdem dieser und Nabih begannen, sich auf eher persönlicher Ebene zu streiten, zur Ordnung.

Abstimmung: 4/5/7 – Begrenzung der Redezeit ist abgelehnt.

Matti stellt einen GO-Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf drei Minuten und hält diese Regelung für fairer.

Maximilian erhebt erneut Gegenrede. Hier säßen auch ausländische Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch sei. Zudem könne es beispielsweise aufgrund von Legasthenie Schwierigkeiten mit einer kurzen Redezeit geben.

Matti weist auf das GO-Verfahren hin: GO-Anträge dürften nur von Personen gestellt werden, die noch nicht zum Thema gesprochen hätten. Die Regelung gelte bis zur Abstimmung über den jeweiligen GO-Antrag.

Sam kritisiert die Art und Weise, wie hier über Menschen gesprochen werde, und insbesondere die Entmenschlichung von Personen. Er bezeichnet dies als „asozial“ und erklärt, er teile Marcells Kritik. Er finde es unverständlich, warum man sich so dagegen wehre. Wenn eine Liste nur über wenige Mitglieder verfüge, liege es aus seiner Sicht an ihr selbst, dies zu ändern.

Änderungsantrag von Niklas und Maximilian. Marcel nimmt den Änderungsantrag nicht an.

Abstimmung über die Änderung: 4/10/2 – nicht angenommen.

Abstimmung über den eigentlichen Antrag: 11/4/1 – der Antrag wird angenommen. Der Auftrag wird an den AStA weitergegeben. Matti schlägt vor, dass der Vorsitz einen Text formulieren könne. Maximilian bekräftigt sein Sondervotum. Vanessa meldet ebenfalls ein Sondervotum an.

TOP 4 Wahl der dritten Awareness-Person des AStA

Vanessa verlässt die Sitzung gegen 19:45 Uhr.

Der AStA-Vorsitz schlägt Hiba Drissi El-Yadini zur Wahl als dritte Referentin für das Awareness-Referat vor (laut Nachricht des AStA-Vorsitzenden Benedikt Kreissig vom 27.05.2026). Raphael bestätigt den Vorschlag aus dem Vorsitz.

Raphael erklärt, dass er Hiba selbst nicht kenne. Jo, die derzeitige Awareness-Referentin, habe sich jedoch mit ihr getroffen; anschließend habe das Awareness-Referat Hiba Drissi El-Yadini ausgewählt.

Dan kennt Hiba. Sie studiere Psychologie, habe sich bereits mit dem Thema auseinandergesetzt und zeige Interesse daran.

Matti erklärt, dass das StuPa die Bestellung bestätigen, also zustimmen oder sie ablehnen müsse.

Nabil fragt, was eine Awareness-Person mache und welche Aufgaben eine solche Person konkret habe. Er wisse dies selbst nicht genau, da er schon lange kein AStA-Mitglied mehr sei.

Raphael lädt Nabil zur Erläuterung des Themas zum AStA-Plenum ein und erklärt, wofür das Awareness-Referat zuständig ist.

Matti erklärt, was Awareness bedeutet und welche Notwendigkeit Awareness-Personen insbesondere bei AStA-Veranstaltungen und -Partys haben. Die Tätigkeit wird als Ehrenamt ausgeübt und mit einer Aufwandsentschädigung vergütet.

Nabil erklärt, es enttäusche ihn etwas, dass seine Fragen nicht jedes Mal beantwortet würden. Er fragt, ob überhaupt ein Bedarf bestehe, und findet die bisherige Beschreibung der Aufgaben zu schwammig.

Sam erklärt, man brauche auch eine Kontaktperson für die Wohnheime, die aufzeige, wo Grenzen überschritten würden. Es müsse auch in Nabils Interesse sein, Personen vor übergriffigem Verhalten zu schützen. Er weist darauf hin, dass dies auch den Schutz von Menschen mit Migrationshintergrund vor Diskriminierung einschließe.

Solveig fragt nach, was Sam konkret sagen möchte. Die Situation eskaliert kurz. Solveig stellt klar, dass sie korrekt protokollieren wolle und deshalb nur wissen wollte, was genau gesagt worden sei, damit später nicht etwas im Protokoll stehe, das Sam nicht gesagt habe. Sie habe seine vorherige Aussage offenbar missverstanden.

Raphael und Dan erklären nochmals, was Awareness bedeutet und dass es auf AStA-Ebene ein Awareness-Konzept gibt.

Nabil erklärt, er sei nun zum dritten Mal hier und jedes Mal unterbrochen und respektlos behandelt worden, obwohl es bei den anderen Beteiligten zugleich darum gehe, dass deren eigene Gefühle verletzt worden seien. Nach jeder Sitzung erzähle er davon, dass Personen, die zunächst sehr nett wirkten, sich ihm gegenüber respektlos verhalten hätten. Beim letzten Mal habe jemand anschließend einen Kommentar unter einem seiner Instagram-Beiträge gepostet, in dem „Nabil nein danke“ gestanden habe. Dabei habe es sich vermutlich um ein Fakeprofil gehandelt; andere Personen hätten den Kommentar anschließend gelikt.

Maximilian erklärt nochmals, dass er im Ausland geboren sei und die Art und Weise, wie mit der Redeliste umgegangen werde, als respektlos empfinde. Als es um Christian Dürr gegangen sei, habe man sehr respektvoll und ruhig miteinander gesprochen. Unter einem seiner LHG-Posts sei dagegen der Satz „We only have to be lucky ones, you have to be lucky everytime“ kommentiert worden. Dies sei ein bekannter Terroristenspruch und für ihn absolut inakzeptabel. Er betont, dass dies in einer demokratischen Gesellschaft nicht hinnehmbar sei. In dem Land, in dem er aufgewachsen sei, gebe es ebenfalls erst seit einigen Jahren eine Demokratie. Er verweist auf den Staatsputsch in Argentinien, bei dem Menschen linker Gesinnung verfolgt und getötet worden seien, und erklärt, dass er sich dafür einsetze, dass sich so etwas nicht wiederhole. Was die anderen untereinander machten, sei ihm egal. Maximilian begrüßt dennoch, dass die Veranstaltung friedlich verlaufen sei und alle Teilnehmenden respektvoll miteinander umgegangen seien.

Die Diskussion kehrt zum Thema Awareness-Personen zurück.

Nabil fragt, ob es einen Sicherheitsdienst gebe.

Dan erklärt, dass es einen Sicherheitsdienst gebe, und lädt zum Kulturplenum ein.

Niklas: GO-Antrag: Ende der Redeliste. Keine Gegenrede.

Luise, Sam und Raphael stehen noch auf der Redeliste. Luise möchte zum Thema zurückkehren. Sam möchte noch anmerken, dass er die aktuelle Entwicklung kritisch finde. Raphael erinnert an den weiteren Ablauf.

Maximilian schlägt vor, der Person, die am meisten protokolliert, etwas zu schenken. Die Protokollantin zeigt sich erfreut [Nachtrag, 5.10.'26: Es gab kein Geschenk]

11/0/3 – Hiba Drissi El-Yadini wird als Referentin bestätigt.

Aaron verlässt die Sitzung um 20 Uhr.

TOP 5 Berichte aus den Gremien

Bericht aus der Gleichstellungskommission: Konstituierung der 13. Gleichstellungskommission 2026–2028 am 03.06.2026.

- Neue Assistenz der Gleichstellungsbeauftragten: Daniela Renn
- Neue dezentrale Gleichstellungsbeauftragte der Fk. 1: Christine Dzubieli
- Überarbeitung und Aktualisierung der Geschäftsordnung der Gleichstellungskommission (die derzeitige Fassung stammt noch aus dem Jahr 2002): Die Geschäftsordnung wird unter anderem um die Aufgaben der Gleichstellungskommission ergänzt. Diese ergeben sich aus dem Grundgesetz, dem Hochschulgesetz (HG NRW) und dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG NRW). Darüber hinaus werden redaktionelle Änderungen vorgenommen und die Frage „demokratischer Störgefühle“ inhaltlich diskutiert. Die neue Geschäftsordnung wird einstimmig angenommen.
- Vorstellung der Aufgaben der Gleichstellungskommission sowie der Aufgaben und Arbeitsfelder der Gleichstellungsbeauftragten

Härtefallausschuss: Laura berichtet, dass sich der Härtefallausschuss konstituiert hat.

Rektoratsgespräch: Solveig berichtet vom letzten Rektoratsgespräch (AStA-Jour-fixe) am 20.05.2026.

Solveig berichtet vom letzten Rektoratsgespräch (AStA-Jour-fixe) am 20.05.2026.

Teilnehmer*innen: Wolff, Löffler, neue Referentin von Frau Wolff, Casale, Buch, Laura und Solveig (StuPa-Präsidium), Jamal (IHG-Mitglied und AStA-HoPo-PoLiBi), Till und Rapha (alter und neuer AStA-Vorsitz), Lio, Sam (AStA-HoPo-PoLiBi)

- Ticketgelder (Abschläge von den WSW):

- Das Rektorat nimmt die Gelder ein und leitet sie weiter. Frau Löffler war darüber zuvor nicht informiert und ist deshalb nicht vorbereitet; sie nimmt das Thema mit und fragt bei der Verwaltung nach.
- Das Rektorat nimmt mit den Geldern keine Zinsen ein, der AStA hingegen schon. Daher hat das Rektorat ein Interesse daran, dass die Gelder schnell überwiesen werden.
- Die Kanzlerin kümmert sich darum; Ziel ist, die Zahlungen möglichst zeitnah abzuwickeln.

- Verwendung der 9-Euro-Ticket-Gelder:

- Ein geplantes Gutachten des LAT zur Verwendung und Zweckbindung war nicht möglich, da keine Rückmeldung des Justiziariats eingegangen sei – abgesehen von der Mitteilung, dass entweder keine Zuständigkeit oder keine Zeit bestehe.
- Die Kanzlerin will sich darum kümmern und auch beim Dezernat 1 nachfragen.
- Es ist zu klären, ob die Zweckbindung noch besteht und, falls dies der Fall ist, wie die Mittel dennoch entsprechend verwendet werden können, beispielsweise durch eine Umschichtung.
- Der Semesterbeitrag, konkret der AStA-Beitrag, musste erhöht werden, weil im AStA Mehrkosten entstehen, obwohl die 9-Euro-Ticket-Gelder weiterhin nicht verwendet werden können.
- Der AStA möchte ein Gespräch mit dem AStA-Finanzreferenten und dem Rektorat führen, um sich rechtlich abzusichern.
- **Studierendenwerk – Mensacard und Barrierefreiheit (in Mensa und Cafeteria), Campus Freudenberg:**
 - Aus dem AStA sei bekannt geworden, dass die letzten nicht digitalen Kassen abgeschafft werden sollen.
 - Die Internetsituation sei nach wie vor unverändert schlecht. Frau Löffler betont jedoch, dass sie dort über Eduroam immer Netz habe. Das Problem könne darin liegen, dass viele Studierende auf ihren Handys nicht mit Eduroam verbunden seien, weil hierfür teilweise ein zusätzliches Zertifikat heruntergeladen werden müsse. Dies sei zwar unkompliziert, werde von vielen Studierenden jedoch offenbar nicht genutzt.
 - Frau Löffler berichtet, dass am FZH am Freudenberg nun Automaten aufgestellt worden seien.
 - Das Thema soll in das Studierendenwerk eingebracht werden; die nächste Sitzung des Verwaltungsrats findet am 08.06.2026 statt.
 - Wegen der Baustelle (Neubau der Spülanlage) in der Mensa ist die Mensa auf Ebene 02 derzeit nicht barrierefrei erreichbar.
 - Möglicherweise gibt es eine informelle Absprache, dass Studierende in der Cafeteria zu Mensapreisen essen können.
 - Das Thema wird in den Verwaltungsrat mitgenommen.
- **Ort der Stille:**
 - Der ursprüngliche Zeitplan sah vor, den Innenausbau bis Ende Mai und die Gestaltung der Außenanlagen bis Ende Juni abzuschließen.
 - Der Innenausbau hat sich inzwischen verzögert.
 - Jamal berichtet über die Situation rund um den Ort der Stille.
 - Er berichtet konkret von muslimfeindlichen Aussagen eines zuständigen Mitarbeiters des Dezernats 5, Andreas Moritz. Dabei sei die IHG als Ansprechpartnerin für muslimische Studierende an der Universität behandelt worden. Der Kontakt zur IHG wegen des Ortes der Stille sei erst hergestellt worden, nachdem es angebliche Schmierereien auf einer Toilette in der Nähe des Ortes der Stille gegeben habe. Im Nachhinein habe sich herausgestellt, dass es sich dabei um Pfützen gehandelt habe, über die sich ein Hausmeister beschwert hatte, und nicht um einen Anlass, der mit dem Wunsch der IHG nach Mitarbeit am Ort der Stille zusammenhing.
 - Wünsche der IHG hinsichtlich der Ausstattung des Ortes der Stille, etwa Vorhänge oder einen anderen Sichtschutz, seien abgetan worden.

- Die Kanzlerin macht deutlich, dass es sich dabei um einen veralteten Prozess handeln müsse. Jamal bestätigt, dass die Gespräche rund zwei Jahre zurückliegen. Herr Moritz habe demnach gar nicht das Mandat gehabt, sich um die Ausgestaltung des Raumes der Stille zu kümmern.
- Frau Wolff meint, dass beispielsweise Rollos geplant gewesen seien; Frau Löffler weiß dies nicht.
- Raphael erklärt, dass sich der AStA an das Gebäudedezernat gewandt und um Rückmeldung gebeten habe.
- Frau Löffler wird das – auch wenn sie es gerne früher gewusst hätte – nochmals mit Herrn Moritz besprechen.
- Die Kanzlerin erklärt, dass der Ort der Stille auf Grundlage der Hinweise der Studierendenschaft konzipiert worden sei. Die konkrete Gestaltung sei noch nicht vollständig geklärt; ebenso sei noch unklar, wann der Raum fertiggestellt werde.
- Herr Moritz soll zum nächsten Rektoratsgespräch eingeladen werden und dort den aktuellen Plan vorstellen.
- **Weißer Jahrgang:**
- Der Rückgang der Zahl der Studienanfänger*innen von Gymnasien in ganz NRW wird auf 19 % geschätzt.
- Die Prognosen für Wuppertal orientieren sich an zwei Fragen: Wie viele Studienanfänger*innen kommen von Gymnasien (bundesweit 63 %), und wie entwickeln sich die Studierendenzahlen insgesamt, die allgemein zurückgehen?
- Das Einzugsgebiet der Universität ist eher NRW-weit. Frau Buch sagt, es gebe fünfmal so viele internationale Studierende wie Studierende, die aus anderen Bundesländern kommen.
- Der Rückgang bei den Erst- und Neueinschreibungen beträgt etwa ein Drittel.
- Eine bundesweite Werbekampagne in NRW, die vom MKW finanziert und an allen Hochschulen umgesetzt werden soll, ist geplant. Frau Buch befürchtet jedoch, dass sie aufgrund der Strukturen der Universität – insbesondere weil Lehramtsstudierende eher ortsgebunden seien – nur geringe Auswirkungen auf Wuppertal haben dürfte.
- Die Absolvent*innenquote sei im vergangenen Jahr gestiegen, was damit zusammenhänge, dass die Studierendenzahlen insgesamt sinken.
- Man solle die Zeit nutzen, um beispielsweise in kleineren Lehrveranstaltungen neue Dinge auszuprobieren.
- **Studiengänge und Kürzungen:**
- In der Architektur soll es weitergehen. Geplant ist ein umgebautes Studienprogramm, von dem sowohl die Arbeitsgruppe als auch die beteiligten Studierenden überzeugt seien.
- Es könnte sein, dass in der Architektur künftig etwas weniger Studienanfänger*innen aufgenommen werden können. Die Abbruchquote im Bachelor sei in Wuppertal allerdings ebenfalls höher als an anderen Universitäten.
- In der Politikwissenschaft ist ein Umbau geplant. Bei der Neubesetzung einer Professur plane die Fakultät, diese stärker inhaltlich auszurichten und die Inhalte eher über Themen als über Fächer zu strukturieren.
- Weiterhin scheint geplant zu sein, Politikwissenschaft und Sozialwissenschaft zusammenzulegen.
- Dazu müsse man sich jedoch direkt an die Fakultät wenden, da dort noch kein genaues Konzept ausgearbeitet worden sei. Frau Buch könne daher derzeit wenig dazu sagen.
- Der bisherige Studiengang solle nicht abgeschafft werden, bevor ein neues Programm angeschlossen werden könne. Anschließend solle es eine Auslaufphase geben, sodass Studierende, die nicht wechseln wollten, ihren Abschluss noch im bisherigen Programm machen könnten.

- Frau Buch betont, dass man mit solchen Umbauten viel Erfahrung habe, da insbesondere in den Lehramtsstudiengängen regelmäßig Veränderungen vorgenommen würden.
- In der Politikwissenschaft gibt es derzeit eine Professur.
- In der Soziologie bzw. den Sozialwissenschaften gibt es drei Professuren.
- Eine fachoffene Professur (Nachhaltigkeitsprofessur) soll im kommenden Jahr besetzt werden. Dies hängt davon ab, wie schnell die Stelle ausgeschrieben und anschließend besetzt werden kann.
- Im Sport wird eine Professur (Hillberg) aufgrund der Verrentung wegfallen. Den Master Sportwissenschaft (Bewegung, Rehabilitation o. Ä.) wolle man jedoch grundsätzlich beibehalten.
- Frau Buch erklärt, manche Themen würden mit den anstehenden Kürzungen begründet, beispielsweise der Wegfall einzelner Tutorien. Dies sei jedoch ausdrücklich nicht die Absicht des Rektorats gewesen. Es gehe vielmehr um Professuren und deren Ausstattung und darum, durch das Wegfallen von Professuren schrittweise Kürzungen umzusetzen.
- **Hochschulrat:**
- Till fragt, warum die Studierendenschaft nicht an vollständigen Sitzungen des Hochschulrats teilnehmen könne. Er schlägt vor, den AStA-Vorsitz einzuladen; die Idee gehe auf eine Professorin aus Graz zurück.
- Wolff betont, dass über den Senat die Möglichkeit bestehe, frühzeitig auf die Unterlagen zuzugreifen.
- Die Rektoratsmitglieder beraten darüber, ob der AStA-Vorsitz künftig häufiger oder für mehr als die bisher vorgesehenen 30 Minuten eingeladen werden solle. Till hält die bisherige Zeit für zu kurz, um – wie gewünscht – zu berichten und zu diskutieren.
- Frau Buch möchte wissen, was der AStA selbst wolle.
- Dies gelte auch für andere spezielle Vertreter*innen, etwa Personalrat und Schwerbehindertenvertretung. Frau Buch selbst habe ebenfalls nur etwa zehn Minuten Zeit, um aus dem Bereich Studium und Lehre zu berichten.
- Der Hochschulrat sei kein operatives Gremium, sondern übergeordnet ausgerichtet. Die detaillierte Ausarbeitung erfolge in den jeweiligen Gremien.
- **Beschwerde zum Antrag des SDS:**
- Das Rektorat empfiehlt, nicht rechtsaufsichtlich tätig zu werden, sondern die Angelegenheit übergeordnet zu klären.
- das Rektorat hoffe, dass man das irgendwie übergeordnet klären könne
- Sam spricht sich für eine stärkere Politisierung an der Universität aus. Er möchte Demokratie fördern, etwa durch die Vermittlung des Beutelsbacher Konsenses. Dazu könnten auch ehemalige Studierende, die inzwischen an Schulen tätig seien, sowie die GEW eingeladen werden.
- Der Antrag solle allen offenstehen und nicht nur SDS-Mitgliedern. Er stehe im Zeichen dieser übergeordneten Demokratiebildung. Sam räumt ein, dass der Antrag möglicherweise über die Stränge schlage, erklärt jedoch, dass man mit der Politisierung auch die Mehrheitsverhältnisse an der Universität und konkret im StuPa verändern wolle, damit nicht mehr „alles gemacht werden könne, wie man wolle“.
- Frau Buch bittet darum, auch das Gegenbeispiel zu betrachten. Sie wisse nicht, ob „wir können und schauen mal, wie weit wir kommen“ ein gutes Argument sei, da auch eine rechte Vertretung so vorgehen könne. Dies hinterlasse bei ihr persönlich ein ungutes Gefühl.
- Sie sieht außerdem keinen erkennbaren Zusammenhang zwischen Sams Plänen und dem Kongress.
- Sam (nur als Vertretung für Robert) erklärt, er sehe in den Programmpunkten des Kongresses Hinweise auf Hochschulpolitik.

- Die Kanzlerin erklärt, es handele sich nicht um eine interne Entscheidung des Studierendenparlaments in einem rechtlichen Graubereich, sondern um eine Überdehnung seiner Kompetenzen. Dadurch drohe eine zweckwidrige Verwendung der Mittel bzw. eine Veruntreuung; die Gelder würden zweckentfremdet.
- Buch merkt an, dass lediglich sechs von 40 Veranstaltungen einen Hochschulbezug hätten.
- Das Rektorat vermerkt, dass es nun in aller Form auf die Angelegenheit aufmerksam gemacht worden sei und derzeit prüfe, ob es seine Funktion als Rechtsaufsicht wahrnehmen müsse.
- Casale betont, dass kein Präzedenzfall geschaffen werden solle.
- Buch weist darauf hin, dass bei der Kommunikation gegenüber den Studierenden das Vertrauen in AStA und StuPa als studentische Vertretung berücksichtigt werden müsse.
 - o Der AStA-Vorsitz müsse den Beschluss anfechten.
- **Umsetzung des Commitment of Integrity:**
- Das Commitment of Integrity soll nur bei der Bewerbung, nicht bei der Einschreibung abgefragt werden.
- Nicht alle Studierenden bewerben sich über das elektronische Portal, etwa internationale Studierende, Fachwechsler*innen oder Promotionsstudierende.
- Der UB-Ausweis biete keine sichere Möglichkeit zur Verbreitung des Commitments; zudem bestehe kein unmittelbarer Zusammenhang.
- In diesem Semester soll ein Pilotprojekt gestartet werden. Im Wintersemester, wenn die neuen Studierenden beginnen, soll eine Kampagne durchgeführt werden, unter anderem mit einem Hinweis im Brief der Rektorin, bei zentralen Veranstaltungen, im Newsletter, bei Einführungsveranstaltungen der Fakultäten und durch eine Plakatkampagne. Eine vollständige Erreichbarkeit aller Studierenden könne dabei nicht garantiert werden.
- Man sei offen für weitere kreative Überlegungen.
- Für bereits eingeschriebene Studierende soll eine E-Mail über das Studierendensekretariat mit einem Link zum Commitment versendet werden.
- Lio fragt, ob eine Verknüpfung mit dem Uni-Account (ZIM-Account, der mit dem ZIM-PIN erstellt wird) möglich sei und wie dies mit der Datenschutzerklärung zusammenhänge.
- Frau Buch bespricht die Frage mit dem ZIM.
- Lio erhält von Frau Löffler ein Jobangebot.
- **Folgende Themen konnten aufgrund der fehlenden Zeit nicht mehr behandelt werden:**
- Ausgabe der Hygieneprodukte
- Verpflegung Campus Freudenberg
- Stalking und Belästigung an den Wohnheimen
- WC für Alle
- Verkehrsberuhigte Gaußstraße
- Studentisches Projekt zur Kampagne zu Antidiskriminierung

Verteilungsschlüssel: Solveig berichtet weiter, dass sie sich bezüglich des Beschlusses zur Anpassung des Verteilungsschlüssels der Fachschaftsbeiträge mit Christoph (Vorsitz des FSRK) ausgetauscht habe. Die Sitzung des FSRK findet am kommenden Mittwoch statt; das Thema wurde unter dem Tagesordnungspunkt „Finanzen – Verteilungsschlüssel“ aufgenommen.

Rapha berichtet vom Rektoratsgespräch (bzw. ergänzt den Bericht und die Notizen von Solveig)

- Zum Antrag und dem daraus resultierenden Beschluss über die Finanzierung des Take Back the Future Kongresses bittet Rapha darum, die zuständigen Gremien zunächst arbeiten zu lassen, da unmittelbar eine Beschwerde der Studentischen Mitte eingereicht worden sei.
- Der AStA hat für die Ringvorlesung den Nachhaltigkeitspreis verliehen bekommen; die Verleihung findet am 08.07.2026 statt. Außerdem berichtet Rapha von einem neuen Drucker, der noch nicht vollständig funktionsfähig sei und repariert werden müsse.
- Robert berichtet von einem Treffen mit Julia Schumacher und der Nachhaltigkeitsbeauftragten der Universität.
 - o Nabil fragt nach dem Nachhaltigkeitsreferat, insbesondere danach, wie viele Personen dort tätig seien und welche Aufwandsentschädigungen sie erhielten.
 - o Matti erklärt, dass es sich dabei um hochschulöffentliche Informationen handele.
 - o Robert nennt drei Personen sowie den Fairteiler.

TOP 6 Hochschule und Hochschulpolitik

Raphael berichtet, dass Rheinmetall bei der Studierendenbörse vertreten gewesen sei; hierzu habe es Beschwerden gegeben. Deshalb wolle der AStA die Angelegenheit aufgreifen.

Sam berichtet, dass die Politikfachschaft einen Brandbrief verfasst habe, den der AStA ebenfalls unterschreiben wolle. Dies solle wahrscheinlich am besten über das PoLiBi-Referat koordiniert werden. Sam berichtet außerdem, dass die Kunstfachschaft einen Brief verfassen wolle. Er habe Politikwissenschaftlerinnen angesprochen und gefragt, ob diese das Thema ebenfalls aufgreifen und sich dem Schreiben anschließen wollten. Er hoffe auf positive Entwicklungen.

TOP 7 Sonstiges und Termine

Es wird an die Überarbeitung des Textes für die Website sowie an die Benennung weiterer Mitglieder für den Haushaltsausschuss (von der linksgrünen Liste).

Rapha fragt, was der aktuelle Stand des Shopausschusses sei.

Dazu erklärt Matti, dass dieser erst seit Kurzem in der Geschäftsordnung vorgesehen sei. Zuvor sei der Ausschuss jedes Jahr neu eingerichtet worden. Offenbar habe dies bislang niemand auf dem Schirm gehabt.

Linksgrüne Liste: 3 Mitglieder

Studentische Mitte: 1 Mitglied

Juso HSG: 1 Mitglied

Termine:

- 08. Juni 2026: Sitzung des Verwaltungsrats des Studierendenwerks Wuppertal
 - o Rückfrage: Was man denkt, was die Position der Studierendenschaft sei, ob Bargeld wieder eingeführt werde.
 - o Matti erklärt, dass die ausschließliche Kartenzahlung Personen ausschließe, die keinen Zugang zu einem Bankkonto hätten. Man habe versucht, dagegen vorzugehen, als die Regelung eingeführt wurde, sei damit jedoch nicht erfolgreich gewesen, da das Studierendenwerk dadurch erhebliche Einsparungen erziele.
- 9. Juni 2026: Konstituierung der ZSB-Kommission, 8:30–10 Uhr in der Bundesbahndirektion (BuBaDi)
- 15. Juni 2026: Konstituierung der ZQVK (zentrale Qualitätsverbesserungskommission), 9–11 Uhr in K.11.07

- 16. Juni 2026: Treffen zwischen Vertretung der Belange studentischer Beschäftigter an der Hochschule und der neuen Vorsitzenden des Personalrats für wissenschaftliche und künstlerisch Beschäftigte (PR Wiss), Frau Dr. Ruth Lauterjung
 - Sie wurde am 13.11.2025 neu gewählt, nachdem Dr. Volker Mittendorf mit Wirkung zum 12.11.2025 von der Position als Vorsitzender zurückgetreten war. Sie ist eigentlich Dozentin in der Germanistik, als solche jedoch bis zum 30.06.2028 für den Personalrat freigestellt.
 - Solveig hebt positiv hervor, dass die Gesprächsanfrage von Frau Lauterjung ausging.
- 22. Juni: WiWi X AStA 20 Uhr, AStA-Ebene
- 24. Juni 2026: Diversity Day an der BUW (für das ganze Programm s. <https://antidiskriminierung.uni-wuppertal.de/de/diversity-day/>)
 - Eröffnung der Ausstellung „Respekt und Wertschätzung auf dem Campus“, Foyer Gebäude K, 14:30–15 Uhr
 - Die Ausstellung wird außerdem eine Preisverleihung beinhalten, in deren Jury Solveig, Matti und Noam Lutgen mitarbeiten werden.
- 24. Juni 2026: Konvent des GSA zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Lehrer*innenbildung“, 17–19 Uhr im Foyer bei Gebäude K und HS 32
- 08. Juli 2026: Campus Sommerfest, 16–22 Uhr am ganzen Campus
 - Neben dem AStA wird auch die GEW mit einem Stand vertreten sein.
 - Vergabe des Nachhaltigkeitspreises
- 15. Juli: Kleidertausch vom AStA-Nachhaltigkeitsreferat, 16 – 19 Uhr

Matti beendet die Sitzung um 20:34 Uhr.

Laura-Sophie Schardt

Solveig Klebert

Matthias Zipse